

23.09.2024 - 13:45 Uhr

WACC-Senkung schadet, statt den Konsumenten zu nützen

Aarau (ots) -

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE lehnt eine politisch motivierte Änderung der WACC-Methodik entschieden ab. Nur mit einer Kapitalrendite, die wettbewerbsfähig ist und Kontinuität gewährleistet, fliessen die dringend benötigten Investitionen in Ausbau und Erneuerung von Stromnetzen sowie den Ausbau der Erneuerbaren und lassen sich kostspielige ad hoc Massnahmen verhindern. Der vom Bundesrat gewollte Nutzen steht in keinem Verhältnis zum potenziellen Schaden. Der VSE reicht heute seine Stellungnahme ein.

Der Umbau des Energiesystems zur langfristigen Sicherung der Stromversorgung erfordert nicht nur den reibungslosen Betrieb, sondern vor allem auch erhebliche und langfristige Investitionen in Ausbau und Erneuerung von Stromnetzen und Produktionsanlagen. Eine stabile und wettbewerbsfähige Kapitalrendite ist der massgebliche Faktor für Investoren. Die bestehende WACC-Methodik zur Berechnung der Kapitalrendite, die 2014 eingeführt wurde, gewährleistet die notwendige Rechts- und Investitionssicherheit und sichert einen positiven Cashflow, damit diese Investitionen überhaupt getätigt werden können.

Statt Kostenentlastung drohen Mehrkosten für Bevölkerung und Wirtschaft

Der VSE spricht sich in aller Deutlichkeit gegen eine politisch motivierte Änderung der WACC-Methodik aus. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung widerspricht eindeutig den Zielen des Stromgesetzes. Sie zielt darauf ab, die Strompreise für Endverbraucher kurzfristig zu senken. Diese Wirkung ist trügerisch, da Investitionen ausbleiben und mit einer Abwanderung des Kapitals ins Ausland oder in andere Branchen zu rechnen ist, was letztlich zu teureren Finanzierungskosten und damit auch teureren Infrastrukturen führt. Auch droht die Gefahr, dass bei sinkenden Marktzinsen Notfallmassnahmen notwendig werden, um den WACC zu stabilisieren, wie das in unseren Nachbarländern der Fall war, wo in der wenige Jahre zurückliegenden Tiefzinsphase kurzfristig der Staat finanziell eingreifen musste.

Die vom Bundesrat errechneten Einsparungen für die Endverbraucher bei den Stromnetztarifen im Umfang von rund 0.22 Rp./kWh stehen in keinem Verhältnis zum möglichen Schaden, welchen fehlende Investitionen, Versorgungsengpässe und Notfallmassnahmen verursachen würden. Gemäss Bundesrat würde die Änderung der Methodik zudem die Kosten der Energiebeschaffung für die Grundversorgung um 4 Mio. CHF pro Jahr erhöhen. Denn die Änderung der WACC-Methodik würde insbesondere auch zu höheren Kosten für Wasser- und Windkraft führen, welche in die Grundversorgung abgesetzt werden müssen. "Die Änderung beim WACC würde zwar tiefere Netztarife, dafür aber höhere Energietarife sowie Mehrkosten und grosse Risiken für die Versorgungssicherheit bedeuten", betont Michael Frank, Direktor VSE.

Gutachten: kein Anlass für Änderung

Es gibt keinen Anlass, von der bewährten bestehenden WACC-Methodik abzuweichen und mit neuen Regeln zu experimentieren, wie ein Gutachten der Beratungsfirma NERA Economic Consulting GmbH im Auftrag des VSE zeigt. Gemäss diesen Experten ist die seit über einem Jahrzehnt angewandte WACC-Methodik sachgerecht und hat nicht zu überhöhten Entschädigungen geführt.

- [Stellungnahme](#)
- [Argumentarium](#)
- [Dossier inkl. NERA-Gutachten](#)

Pressekontakt:

Claudia Egli, Leiterin Kommunikation
Tel. +41 62 825 25 30, claudia.egli@strom.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003757/100923317> abgerufen werden.